

# Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **59 (1979)**

Heft 5

PDF erstellt am: **07.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## MEDIENPOLITISCHE KONTROVERSEN AUF SCHIEFER EBENE

Das Schweizer Fernsehen hat wieder einmal eine Pechsträhne. Die Bericht-erstattung über die «Knacknuss»-Ma-növer zum Beispiel stiess in weiten Kreisen auf berechtigte Kritik und löste auch einen parlamentarischen Vorstoss aus. Im selben Monat März machte ein willkürlich gekürztes und damit faktisch verfälschtes Interview des welschen Fernsehens mit dem iranischen Vizeministerpräsidenten landesweit Schlagzeilen und führte schliesslich zu einem Briefwechsel zwischen Bundesrat und SRG, der starke Emotionen weckte.

Wenn man dabei auch im nach-hinein, aus grösserer zeitlicher Distanz, nicht um die Feststellung herum-kommt, dass angesichts der aussen-politischen und wirtschaftlichen Trag-weite der Iran-Sendung die öffentlich zum Ausdruck gebrachte Sorge der Landesregierung sicherlich nicht «überrissen» war, so bleibt doch zu bedauern, dass einzelne zugespitzte Formulierungen im landesväterlichen Mahnbrief die Diskussion schliesslich ungewollt auf eine schiefe Ebene brachten: Insbesondere die Schlussbe-merkung, wonach der Bundesrat zu erfahren wünsche, was die SRG vor-zukehren gedenke, um inskünftig «eine wirksame Überwachung solcher Sen-dungen sowohl im Stadium ihrer Kon-zipierung als auch bei der Realisierung beziehungsweise Ausstrahlung sicher-zustellen», brachte ihn in einem Teil der Presse umgehend in den Geruch, eine Art Oberzensur einführen und

damit einem «Staatsfernsehen» Vor-schub leisten zu wollen.

Damit wurde eine Chance verpasst – die Chance nämlich, aus dem steri-len Stellungskrieg rund um die jour-nalistischen Qualitäten des Fernsehens heraus- und endlich einmal zur Sache selbst zu kommen. Auf Grund der Rechtslage wie auf Grund der hierzu-lande glücklicherweise hochsensibili-sierten Öffentlichkeit zugunsten einer möglichst weitgehenden Pressefreiheit haben nämlich Klagen auf Verletzung der SRG-Konzession erfahrungsge-mäss kaum Aussicht auf Erfolg – ab-gesehen vielleicht vom dabei regel-mässig aufkeimenden Unbehagen an-gesichts der Tatsache, dass die SRG nach wie vor jeweils notgedrungen «Richterin in eigener Sache» zu spie-len hat. Die durchweg gründlichen SRG-Antworten werden unter diesen Umständen nachgerade peinlich mo-noton.

Interessanter wäre eine nun wirk-lich fällige Grundsatzdebatte über jenen Komplex, der im Falle des Iran-Interviews von der SRG mit dem Stichwort «ärgerliche Fehleinschät-zung» umschrieben worden ist. Es sind nicht flagrante Konzessionsver-letzungen, welche das Fernsehen im-mer wieder ins Gerede bringen, son-dern es sind – um im SRG-Jargon zu bleiben – «ärgerliche Fehleinschätz-ungen» im Sinne von falschen Bild- und Tonschnitten, falscher Gewichtung und damit falscher Selektion von Fak-ten und Darstellungsformen, gelegent-

lich auch von falscher Auffassung des Fernsehmonopoljournalismus überhaupt: Der selbsterwählte Auftrag oft rötlich angehauchten gesellschaftspolitischen Sittenrichtertums passt nun einmal schlecht in die schweizerische Medienlandschaft und hilft vor allem auch nicht über die nach wie vor recht verbreiteten Mängel an rein handwerklichem Know how im Sinne eines sauber informierenden und sauber

meinungsbildenden Journalismus hinweg.

Wann endlich sind wir hierzulande so weit, dass wir über diese Dinge sachlich diskutieren können, ohne gleich in falsche Solidarierungen und Ideologisierungen zu verfallen? Auch bei der Praxis der Pressefreiheit liegt der Teufel im Detail. Darauf wäre vermehrt auch in der öffentlichen Diskussion zu achten.

*Richard Reich*

## DAS ERDÖL-DILEMMA

Die OPEC hat an ihrer Genfer Tagung bereits in Aussicht gestellte Preiserhöhungen «vorgezogen». Der Markt hatte sie übrigens schon vorher eskompiert, so dass es den Erdölherren nicht schwer fiel, diesen Entschluss zu fassen. Die «neue» Preispolitik der OPEC bezieht sich auf die Festlegung von *Minimallimiten*; über ihnen sind die Mitgliedländer frei, was heisst, dass sie die Marktlage jederzeit voll «nach oben» ausnützen können. Die Frage also, *wie* sich der Erdölpreis künftig bewegen wird, hängt entscheidend von der Marktlage ab. Und diese wiederum ist eine «Funktion» des Angebots bzw. der Fördermengen, weil die Nachfrage kürzerfristig als unelastisch angenommen werden muss. Die Verknappung auf der Angebotsseite wurde offenbar in erster Linie durch die Turbulenzen im Iran ausgelöst, zusammen natürlich mit der Nervosität, die dadurch in einigen Konsumentenländern entstand. Man bezeichnet dies leicht euphemistisch als psychologische Fak-

toren, die auf den Markt eingewirkt haben.

Entscheidend für die Marktlage wird deshalb sein, ob es der OPEC in Zukunft gelingt, dann eine *Mengenpolitik* durchzusetzen, wenn der Iran wieder kräftig auf dem Markt in Erscheinung tritt. Bekanntlich war der Erdölmarkt bis vor noch nicht allzu langer Zeit durch einen Angebotsdruck gekennzeichnet, was darauf hindeutet, dass auch die OPEC, wie übrigens alle Kartelle in vergleichbaren Situationen, dann ins Schleudern gerät, wenn Disziplin in der mengenmässigen Förderung geübt werden sollte. Und dies ist im Falle der OPEC um so schwieriger, als es ja eine Reihe von Förderländern gibt, die sich nicht dem Kartell angeschlossen haben, obwohl sie nicht ungern in seinem Kielwasser segeln.

Andererseits ist nicht zu übersehen, dass sich auch die Konsumentenländer in einer schwer überwindbaren *Dilemmasituation* befinden. Sie schauen mit einigem Argwohn auf

die Preiserhöhungen, weil von ihnen höchst unliebsame wirtschaftliche Konsequenzen ausgehen. Die Gefahr ist nicht auszuschliessen, dass die erhöhten Erdölrechnungen bzw. der verstärkte Ressourcentransfer in Richtung Förderländer den gemässigten Konjunkturaufschwung in den Industriestaaten wieder zum Erlahmen bringt. Die USA nehmen im Wirkungsdiagramm eine Schlüsselstellung ein: wenn es ihnen nicht gelingen sollte, ihren Erdölkonsum spürbar zu drosseln, müssten sich die Preiserhöhungen in einem akzentuierten Aussenhandelsungleichgewicht niederschlagen; und dieses wiederum kann die Stabilität gefährden, die sich nun im Wechselkursgefüge eingestellt hat.

Nach dem Iran-Debakel scheint sich in einigen arabischen Staaten eine *Ernüchterung* breitzumachen. Die Entwicklungskonzepte provozieren eine immer hörbarere *Kritik* – und dies nicht grundlos. Es zeigt sich nämlich, dass der forcierte Entwicklungstoss sowohl die Menschen wie die Wirtschaften in diesen Ländern in einem Masse zu überfordern droht, das den Keim *politischer Instabilitäten* in sich trägt. Auch in dieser Be-

ziehung hat der Iran ein Signal gesetzt. Redimensionierte Entwicklungskonzepte aber müssten einen kleineren Petro-Dollar-Rückfluss induzieren, der ebenfalls konjunkturbremsende Eigenschaften hat. Es steht also tatsächlich einiges auf dem Spiel.

Überdies ist es aber auch kein Geheimnis mehr, dass sich die Industriestaaten nur dann von der Erdölabhängigkeit lösen können, wenn ihr Konsumverhalten durch *steigende Erdölpreise* geändert wird. Verhaltensänderungen auf der Basis der Freiwilligkeit bringen nichts. Die Industriestaaten hätten also – längerfristig – durchaus ein unmittelbares Interesse an steigenden Erdölpreisen. Hier liegt eine geradezu klassische Kollision zwischen kürzer- und längerfristigen Interessen vor. Sie zeigt sich in den ebenso unablässigen wie wenig wirkungsvollen Appellen zum Energiesparen auf der einen Seite und den unwirschen Reaktionen auf Preiserhöhungen auf der andern Seite. Ein Ausweg aus diesem Zwiespalt ist momentan nicht zu sehen, weil die Menschen die fatale Eigenschaft haben, in der Regel der kürzeren Frist die Priorität zu geben.

Willy Linder